

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3 25 Mark, vierteljährlich 9 75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Antwort für Mittwoch erwartet

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Versailles, 31. Mai.

Die „Petit Parisien“ und „Matin“ mitteilen, sind einzelne Abschnitte des Gegenvorschlages bereits an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Die Presse rechnet damit, daß die Antwort allerseits, wahrscheinlich Mitte nächster Woche, erfolgen werde.

Paris, 31. Mai. (B. L. B.)

In dem von Havas veröffentlichten diplomatischen Situationsbericht heißt es: Das Sekretariat der Konferenz beendete Freitag die Uebersetzung der Gegenvorschläge; die vier Regierungschefs begannen nachmittags mit der Einsichtnahme der Gegenvorschläge und des Begleitmaterials. Die beiden Volksaussagen scheinen nicht die gleichen Gedankengänge wiederzugeben. Es wäre möglich, daß die Alliierten sich zur Veröffentlichung der sehr interessanten Dokumente entschließen.

Was die Antwort betrifft, so ist man in französischen diplomatischen und politischen Kreisen einstimig der Meinung, daß die meisten Einwände schon in den Sondernoten, die von den Alliierten beantwortet worden sind, erhoben seien. Der Gesichtspunkt der Alliierten ist der deutschen Regierung bekannt und kann

nicht geändert werden. Es liegt keine Notwendigkeit vor, mündliche Verhandlungen einzuleiten, wozu die Regierung in Berlin drängen möchte. Die territorialen Bedingungen können weder für das Saarbecken noch für Oberschlesien geändert werden. Die vier Regierungschefs scheinen über diesen Gesichtspunkt einig zu sein. Man darf daher gewissen Informationen aus amerikanischen Quellen keinen Glauben schenken, denen zufolge die alliierten und assoziierten Regierungen bereit wären, wichtige Konzeptionen Deutschland zu machen, besonders bezüglich Oberschlesiens und der unverzüglichen Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Diese Informationen drücken nur die persönliche Meinung ihrer Verfasser aus, sie sind nicht der Ausdruck der Meinung der Regierungen oder autorisierter Persönlichkeiten.

Endlich bleibt zu wissen übrig, ob Deutschland unterzeichnet oder nicht. Neutralen Persönlichkeiten zufolge, die kürzlich nach Deutschland gekommen sind, will das deutsche Volk um jeden Preis Frieden haben. Die deutsche Regierung verlange nichts anderes als zur Unterzeichnung gezwungen zu werden, wobei zugleich der Anschein gewahrt werden solle, denn die kommunistischen Elemente gewannen an Boden und die Regierung befürchte Werten. Da die Frist für die deutsche Delegation zur Uebersendung von Bemerkungen an die Konferenz seit 15 Stunden abgelaufen ist, haben die Alliierten mitgeteilt, daß sie keine neuen Noten mehr entgegennehmen werden.

Der demokratische Gedanke.

Ein Wort gegen die Sezessionisten.

Von

Professor Emil Abberhalten-Halle,

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Es ist müßig, jetzt prüfen zu wollen, ob Deutschland vor dem Kriege die Möglichkeit besessen hätte, ihn zu vermeiden. Ich möchte mich in diese Streitfrage aus dem einfachsten Grunde nicht einmischen, weil ein objektives Urteil ein sehr gründliches Studium aller Vorläufe nicht nur in den letzten Jahren, sondern in den letzten Jahrzehnten zur Voraussetzung hätte. Es würde unvollkommen bleiben, weil die Archive der feindlichen Länder nicht zur Verfügung stehen. Mir erschien es persönlich als eine Unmöglichkeit, daß so hoch kultivierte Völker, wie die meisten der am Kriege beteiligten es waren, jemals in Kriege verwickelt werden könnten. Die gewaltigen Fortschritte der Kriegstechnik ließen im voraus ahnen, welche gewaltige Opfer der Krieg fordern würde. Die Erwartungen sind um ein Vielfaches übertroffen worden. Wir beklagen rund drei Millionen an Kriegsoptern (an der Front und in der Heimat). Fast zwei Millionen Neugeborener fehlen uns schon jetzt. Ihre Zahl wird durch das weitausgefallene Geburtenziffer noch auf Jahre hinaus vermehrt. Nichts kann uns den Einfluß des Geburtenausfalls so eindringlich vor Augen führen wie die Tatsache, daß z. B. in Halle im Jahre 1921 voraussichtlich nur die Hälfte der bisherigen Schulklassen zur Aufnahme der in die Schule tretenden Schüler notwendig sein wird! Unübersehbar ist auch die Zahl der Kriegsbeschädigten! Sie wird sich nie in einer Ziffer zum Ausdruck bringen lassen. Zu den Verstümmelten gesellt sich das gewaltige Heer der für immer an ihrer Gesundheit Geschädigten. Der Hunger hat ungezählte Opfer gezeichnet!

Muß nicht angefaßt dieser furchtbaren Tatsachen jedes Volk alles daran setzen, neue Kriege, die noch furchtbarer sein werden, zu vermeiden? Wer möchte an einen neuen Krieg denken? Kein noch so großer Sieg vermöchte die neuen Wunden zu schließen! Sammer und Elend würden verewigt. Nicht Illusionen und Verwechslung rufen den ewigen Völkerfrieden! Nicht solche Regungen waren es, die den heißen Wunsch geboren haben, es möchte der furchtbare Krieg in einem Augenblick beendet werden, in dem alle Teile von der gleichen Grundlage aus hätten mit einander verhandeln können. Nicht Sieger und Besiegte dürften Frieden schließen, sondern nur Unbesiegte! Ich war persönlich nie ein Freund der bekannten Friedensresolution des Reichstags. Es mußte ihr in ihrer Unbestimmtheit der Erfolg verweigert bleiben. Sie blieb ohne Einfluß auf die Feinde, und in der Heimat wirkte sie zerklüftend, weil dem Volke die Dissonanz zwischen den bestimmten Angaben, daß wir unter allen Umständen siegen werden, und der Friedensresolution unüberbrückbar erschien. Die Volksaufklärung stand im Widerspruch mit ihr. Es war im höchsten Maße un-demokratisch, Volksvertreter und Volk zu isolieren.

Eine Friedensresolution hätte dann einen hohen Wert gehabt, wenn Volk hätte zu Volk sprechen können! Dann hätte sie einen starken Widerhall gefunden. Ich trübe an diese Resolution deshalb an, weil immer wieder gegen die Demokratie angeführt wird, daß sie geradezu schuld an den jetzigen Zuständen sei. Ein wilder Haß flammt einem oft entgegen, und besonders, seit die furchtbaren Friedensbedingungen bekannt geworden sind, erhebt sich der Kampf gegen die Demokraten wieder besonders laut. Dabei hat jene Resolution mit der Demokratie als solche gar nichts zu tun! Sie wäre demokratisch gewesen, wenn sie aus dem Volke hervorgewachsen wäre. Sicherlich hätte sie als Volkswille eine bestimmte Form erhalten. Ihre Ablehnung hätte dann auch niemals Zwiespalt schaffen können. Das Volk wäre als Ganzes getroffen worden.

Ich weiß, daß nichts den hohen Wert der Demokratie so eindringlich beweisen kann wie die Ereignisse der letzten dreieinhalb Jahre! Freilich genügt es nicht, sich Demokraten zu nennen! Die wahre Demokratie will tief innerlich erlebt sein! Sie hat nichts mit der Pflege von Sonderinteressen zu tun. Sie kann auch nicht von heute auf morgen aufblühen, und noch viel weniger kann sie, einmal emporgeblüht, vergehen! Sie hat nichts mit Republik und Monarchie zu tun! Sie ist in ihrer reinen Form nur bei einem hochentwickelten, von höchstem Pflichtbewußtsein durchdrungenen Volke möglich. Das Volk als Ganzes nimmt an allen Geschäften im Staats teil. Es erlirnt seine Besten zur Rettung des Staatswesens und unterwirft sich in strengster Disziplin ihren An-

Amerika als Vermittler?

Meldung des Holl. Nieuws-Büros.

Haag, 31. Mai.

Der Pariser Korrespondent der „New York World“ berichtet, einer Meldung aus New York zufolge seinem Blatte: Es wäre zuziel gesagt, wenn man behaupten würde, daß die diplomatische Front der Alliierten durch die deutschen Gegenvorschläge durchbrochen ist. Tatsache ist aber, daß die Stellung der Deutschen gegenwärtig weit kräftiger ist, als sie es je seit Beginn des Waffenstillstandes war, denn sowohl England als auch Amerika zeigen Neigung, gewisse deutsche Vorschläge zu unterstützen. Es steht jedenfalls fest, daß jeder der einzelnen Punkte genau geprüft wird. Lloyd George und Wilson sind bereit, die Argumente der Deutschen für die geänderte Feststellung der Entschädigung, für das Abhalten einer Volksabstimmung in Schlesien, für eine andere Regelung der Saargebietstrage und für die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu prüfen. Dadurch würde auch die liberale öffentliche Meinung in England und Amerika, die jetzt gegen gewisse Teile des Abkommens opponiert, befriedigt werden können. Frankreich sei die einzige Großmacht, die sich gegen den Gedanken von Zugeständnissen auflehnt. Die „New York Tribune“ erzählt aus Paris: Wilson hat jetzt die Rolle des Vermittlers zwischen Deutschland und den Alliierten auf sich genommen und befristet bei den Alliierten eine Aenderungs- der hauptsächlichsten Bedingungen. Es besteht keinerlei Zweifel, daß nur die gegenwärtige deutsche Friedensabordnung das Abkommen unterschreiben wird. Es ist deshalb zu erwarten, daß wichtige Zugeständnisse gemacht werden, um die Unterzeichnung des Vertrages zu erreichen und eine weitere Befestigung deutschen Gebietes zu vermeiden. Der Korrespondent fügt zu den von der „New York World“ erwähnten vier Punkten hinzu, daß Wilson auch damit einverstanden sei, daß Danzig, wie Deutschland es verlangt, Freihafen werden soll. Die englischen Finanz-Spezialisten stimmen mit den Amerikanern darin überein, daß man Deutschland nicht die ganze Verantwortlichkeit für die Kriegskosten aufbürden kann, lediglich, um Lloyd George in die Lage zu versetzen, sein Wahlsprechen zu halten. Es sei wahrscheinlich, daß die Bestimmungen für den Schadenersatz genau umschrieben und festgestellt werden sollen, und zwar auf einen Betrag, der sich ungefähr mit dem deutschen Angebot deckt, da dies nach Ansicht vieler Delegierter die höchste Summe ist, die man je werde erhalten können. Die Unterhandlungen werden demzufolge weiter fort dauern, und amlich werde bereits jetzt erklärt, daß Wilson, selbst wenn alles glatt geht, kaum vor dem 30. Juni werde heimkehren können.

In einem Syoner Funkpruch, der sich mit denselben Angelegenheiten beschäftigt, heißt es: Nach Ansicht der amerikanischen Sach-

verständigen würde die unbestimmte Forderung des Plancks das deutsche Wirtschaftsleben so entmutigen, daß der Hauptzweck der Entschädigung nicht erreicht werden könnte. Die amerikanische Ansicht geht dahin, daß nur eine unbedingte Festlegung der Entschädigung von einer Höhe innerhalb einer vernünftigen Grenze die Hoffnung zuließe, daß die Entschädigung auch tatsächlich geleistet würde, was der einzige Weg zur Herbeiführung eines wahren Friedens wäre. Man halte einen Frieden, der die Entschädigung unbegrenzt lasse und zu ihrer Einhebung eine bewaffnete Macht auf 20 Jahre im Lande aufrecht erhält für keinen Frieden, sondern für eine Fortsetzung des Kriegszustandes.

Die deutsche Öffentlichkeit wird gut tun, sich keinen Illusionen über die praktische Bedeutung der Meldungen von einer amerikanischen Vermittlung hinzugeben. Möglicherweise handelt es sich nur um einen Versuch, die öffentliche Meinung im eigenen Lande zu beruhigen und die Verantwortung im Falle einer Nichtunterzeichnung von den amerikanischen und englischen Staatsmännern auf Frankreich abzuwälzen.

Die rheinischen Abgeordneten bei Scheldemann

Gegen die Lostrennungsbestrebungen.

Gestern nachmittags waren, wie wir hören, die rheinischen Abgeordneten mit den Vertretern der Reichsregierung zum Ministerpräsidenten Scheemann zu einer Besprechung geladen, die die rheinischen Lostrennungsbestrebungen zum Gegenstande hatte.

Probeabstimmung Malmédys gegen Belgien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Trier, 30. Mai.

Bei einer Probeabstimmung in den beiden Bezirken von Malmédys sprach sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für das Verbleiben bei Deutschland aus. Nur in zwei Ortschaften ergaben die Abstimmungsziffern 50 Prozent resp. 25 Prozent für Belgien, was auf den persönlichen Einfluß der dortigen Pfarrrer zurückzuführen ist, die belgisch gesinnt sind und von denen einer sogar ein Schwager eines bekannten belgischen Agitatoren ist.

Westpreussische Truppen sind zu einer Heeresgruppe zusammengefaßt worden, zum Heeresgruppenführer ist General Otto von Below ernannt worden. Zum Regierungsvizepräsidenten für Westpreußen wurde durch den Reichskammerherrn Winnig Parteisekretär Gehl. Danzig ernannt. Er berechtigt, mit sämtlichen Behörden sowie Privatper-